

Niederschrift
HFA/VII/11

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 08.06.2006 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin
Haßler, Christa
Kuhl, Horst
Löchtefeld, Klaus
Mensing, Hartwig

bis TOP 4 n.ö. Sitzung

Vertretung für Herrn Thomas Fliß

Neumann, Michael
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Weber, Winfried

Vertretung für Herrn Hermann Reints

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Homering, Antonius	Fachbereichsleiter
Fuchs, Maria	Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Fliß, Thomas
Reints, Hermann

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:20 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Herrn Wehrführer Merschformann und Herrn Löschzugführer Becker.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 30. Mai 2006 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete, über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Festlegung der Vermarktungsbedingungen zum 01. Juli 2006 für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke Vorlage: VII/344

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte kurz die wesentlichen Punkte der Sitzungsvorlage. Ergänzend hierzu teilte er den Ausschussmitgliedern mit, dass zwischenzeitlich die erste Bewerbung für einen Grundstückskauf komplett über das Internet abgewickelt worden sei.

Die SPD-Fraktion spreche sich dafür aus, die Familienförderung pro Kind auf 3.500 € anzuheben, so Ausschussmitglied Branse.

Für die CDU-Fraktion bemerkte Ausschussmitglied Steindorf, dass diese die Anhebung auf 3.500 € für nicht notwendig erachte, da die Attraktivität der Gemeinde Rosendahl bereits durch die getroffenen Maßnahmen erhöht worden sei.

An der Messe „Bauen und Wohnen“ solle auch weiter teilgenommen werden. Ggf. sei ein Marketingkonzept erforderlich.

Ausschussmitglied Neumann wies darauf hin, dass eine Anhebung der Familienförderung auf 3.500,00 € je Kind einen Nachlass von 23 % bezogen auf den Gesamtkaufpreis bedeuten würde. Angesichts der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde Rosendahl solle dies gut überlegt werden.

Statt einer Anhebung der Familienförderung schlage die WIR-Fraktion vor, den Kaufpreis für gemeindliche Wohnbaugrundstücke auf die psychologische Grenze von unter 90 € zu senken. Es könne z.B. probeweise ein Jahr lang ein Kaufpreis von 89 € angesetzt werden. Die Familienförderung solle bei 2.500 € pro Kind belassen werden.

Bürgermeister Niehues erwiderte hierauf, dass es nach seiner Auffassung sinnvoller sei, die Familienförderung zu erhöhen, da die Gemeinde Rosendahl den Zuzug von Familien mit Kindern benötige und weniger von Personen, die ihren Alterssitz nach Rosendahl verlegen wollen.

Ausschussmitglied Kuhl vertrat die Auffassung, dass verantwortlich mit dem gemeindlichen Gut umgegangen werden solle. Die Politiker sollten mit gutem Gewissen sagen können, dass alles getan werde, um die Gemeinde Rosendahl auf Dauer lebensfähig zu halten. Hierbei sollten jedoch die Finanzen im Auge behalten wer-

den. Eine Familienförderung in der bisherigen Höhe sei nach seiner Auffassung ausreichend, er sehe keinen weiteren Handlungsbedarf. Eine Reduzierung des Kaufpreises von 92 € halte er nicht für sinnvoll, da sich der Kaufpreis nach der Wertetabelle des Kreises richten solle. Die Gemeinde Rosendahl stehe im Kreis ohnehin bereits an letzter Stelle.

Dass seit einigen Jahren einmal im Jahr über die Verkaufspreise für die gemeindlichen Grundstücke gesprochen werde, gefalle ihm sehr gut, so Ausschussmitglied Kuhl.

Ausschussmitglied Haßler schlug vor, den Kaufpreis nicht zu senken, sondern das, was hierdurch nicht verausgabt werde, der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen, z.B. den Schulen.

Der Nachteil, den die Gemeinde durch fehlende Infrastruktur habe, sei durch den niedrigen Kaufpreis ausgeglichen, so Ausschussmitglied Steindorf. Grundstückserwerb sei nicht nur eine Frage des Preises.

Ausschussmitglied Branse wies darauf hin, dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Falls selektiert werden solle, müsse man den Kaufpreis belassen oder aber erhöhen. Die Gemeinde Rosendahl tue einiges für Familien und zukünftig werde noch mehr getan werden müssen. Die Einrichtung der Offenen Ganztagschule sowie die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren in den Tageseinrichtungen für Kinder seien Schritte in die richtige Richtung.

Ausschussmitglied Branse stellte abschließend den Antrag, über den Vorschlag der SPD-Fraktion auf Anhebung der Familienförderung auf 3.500 € getrennt abzustimmen.

Aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde Rosendahl könne die GRÜNE-Fraktion der Erhöhung der Familienförderung nicht zustimmen, so Ausschussmitglied Weber. Nach seiner Meinung seien die Auflagen, die die Gemeinde bei der Bauleitplanung mache, ein Hemmnis für den Zuzug nach Rosendahl.

Ausschussmitglied Mensing äußerte die Auffassung, den Kaufpreis angemessen heraufzusetzen und im Gegenzuge die Familienförderung auf 3.500 € je Kind anzuheben, um Familien mit Kindern zum Zuzug nach Rosendahl zu bewegen. Hierdurch würden die Familien mit Kindern entlastet und Familien ohne Kinder belastet.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass in Holtwick über 50 baureife Grundstücke noch nicht veräußert seien. Hier sei noch ein erhebliches Einnahmepotential vorhanden. Wenn es gelänge, durch eine andere Vermarktungsstruktur mehr Grundstücke zu veräußern, so stelle dies zusätzliche Liquidität für die Gemeinde dar.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte das Förderprogramm der Gemeinde Notuln für Baugrundstücke im Ortsteil Appelhülsen. Hiernach zahle die Gemeinde Notuln dem Erwerber eines Baugrundstücks für 8 Jahre einen jährlichen Grundbetrag in Höhe von 600,00 €, darüber hinaus pro Kind einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 300,00 €, höchstens jedoch für zwei Kinder. Der Zuschuss sei jedoch auf 3 % des Kaufpreises begrenzt.

Ausschussmitglied Neumann wies darauf hin, dass viele Kommunen nach Wegfall der staatlichen Eigenheimzulage eine gemeindliche Eigenheimzulage gewähren. Vielleicht könne die CDU darüber nachdenken, in diese Richtung zu gehen.

Bürgermeister Niehues ließ zunächst über den **Antrag** von Ausschussmitglied Branse abstimmen, die Familienförderung auf 3.500 € je Kind zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

Der Antrag des Herrn Branse war damit **abgelehnt**.

Der Ausschuss fasste abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

1. Der am 30. Juni 2005 gefasste Ratsbeschluss über die Bedingungen und Regelungen für die Veräußerung der gemeindlichen Baugrundstücke gilt ab 01. Juli 2006 für ein weiteres Jahr fort.
2. Die Familienförderung von bisher 2.500 € je Kind wird beibehalten. Im übrigen wird Ziffer 2 des Ratsbeschlusses vom 30. Juni 2005 dahingehend ergänzt, dass die Familienförderung bei einem Umzug innerhalb der Gemeinde nur dann greift, wenn bisher Wohnungseigentum nicht vorhanden ist. Ferner ist Voraussetzung für eine Familienförderung, dass die Kinder der Grundstückserwerberin bzw. des Grundstückserwerbers nach entsprechender Bebauung ihren Hauptwohnsitz in Rosendahl haben.
3. Die nächste Kaufpreisüberprüfung und ggf. Preisanpassung erfolgt zum 01. Juli 2007.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Mitteilungen

3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Gemeinde Rosendahl für das Haushaltsjahr 2006

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die Stellungnahme des Kreises Coesfeld zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan der Gemeinde Rosendahl mittlerweile vorliege. Die Stellungnahme werde dem Protokoll als **Anlage I** beigelegt.

3.2 Virtuelles Rathaus NRW 2006

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass von der Uni Münster eine Studie zur Bewertung der Internetauftritte aller nordrhein-westfälischen Städte, Kreise und Gemeinden erstellt worden sei.

Die Studie behandle das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 427 Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen aus 5 Regierungsbezirken. Die Untersuchung der Internet-Auftritte erfolgte im Zeitraum vom 1. – 18 März 2006. Die Studie sei in fünf Teilbereiche gegliedert: Verwaltungssicht, Kundensicht, Wirtschaftsförderung, Barrierefreiheit, Best Practice.

Bei der letzten Untersuchung der Münsterland-Kommunen habe Rosendahl auf Platz 40 gelegen, nach der neuen Studie liege Rosendahl beim Ranking der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Bereich ‚E-Government aus Kundensicht‘ auf ganz NRW bezogen auf Platz 11 von 177 Kommunen unter 20.000 Einwohnern. Bezogen auf die Kommunen unter 20.000 Einwohner im Kreis Coesfeld liege Rosendahl auf dem 1. Platz.

Bürgermeister Niehues lobte hier ausdrücklich die hervorragende Arbeit von Herrn Brüggemann.

3.3 Gestaltung "Darfelder Markt"

Fachbereichsleiter Homering teilte mit, dass vom Straßenverkehrsamt des Kreises Coesfeld für den Darfelder Markt inzwischen die Anordnung zur Änderung der Vorfahrtsregelung in „rechts vor links“ erteilt worden sei; darüber hinaus würden die bestehenden Halteverbote aufgehoben und insgesamt fünf Einstellflächen alternierend rechts – links im Verlauf des Darfelder Marktes angelegt. Die Standorte der Parkflächen wurden mit dem jeweiligen Anlieger vor Ort besprochen.

Weil die Erfahrungen gezeigt hätten, dass nach wie vor der Durchgangsverkehr über den Darfelder Markt fließe, werde der Eingangsbereich in Höhe der Apotheke auf eine Fahrbahnrestbreite von 4,00 m eingeengt (siehe **Anlagen II a und II b**). Auf die geänderte Vorfahrtsregelung werde durch entsprechend notwendige Verkehrszeichen hingewiesen, so Fachbereichsleiter Homering.

Ausschussmitglied Weber verwies auf die seinerzeitigen Diskussionen im Ortsteil Holtwick im Bereich der Legdener Straße. Dort sei seitens der Anwohner überlegt worden, durch parkende Fahrzeuge die Geschwindigkeit zu begrenzen, von dieser Überlegung sei man jedoch abgerückt, da durch das Anfahren der Fahrzeuge die Anlieger mehr belastet würden. Er sei gespannt, wie den Anliegern des Darfelder Marktes diese Lösung gefalle.

3.4 "HundeKnigge"

Fachbereichsleiter Homering stellte den Ausschussmitgliedern den neu erstellten „HundeKnigge“ vor. In Beschwerdefällen werde der „HundeKnigge“ den betroffenen Hundehaltern mit einem kurzen Anschreiben zugeleitet. Bei Neuansmeldungen werde der „HundeKnigge“ den Hundehaltern direkt ausgehändigt. Darüber hinaus werde der „HundeKnigge“ im Bürgerbüro ausgelegt. Der „HundeKnigge“ ist dem Protokoll als **Anlage III** beigefügt.

Weiter teilte Fachbereichsleiter Homering den Ausschussmitgliedern mit, dass nach den Sommerferien in allen drei Ortsteilen an zentralen Stellen eine Hundestation (zur Ausgabe von Kotbeuteln) aufgestellt werde. Die Aufstellung sei über Mietkauf vorgesehen. Dadurch würden die Kosten der Aufstellung über den Kauf der Kotbeutel auf mehrere Haushaltsjahre gestreckt.

4 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

4.1 Altpapiercontainerstandort im Ortsteil Osterwick - Herr Kuhl

Ausschussmitglied Kuhl fragte nach der aktuellen Situation am Altpapiercontainerstandort.

Bürgermeister Niehues teilte hierzu mit, dass derzeit der Beschluss umgesetzt werde, den Altpapiercontainerstandort einzuzäunen. Bei einer Überprüfung vor Ort sei festgestellt worden, dass die Papiercontainer nur im oberen Bereich zur Kirche hin ständen, so dass eine Einzäunung von drei Seiten nicht unbedingt nötig sei. Eine Einzäunung von zwei Seiten (Kopfseite zur Kirche = 5 m und Längsseite = 15 m) sei nach Auffassung der Verwaltung ausreichend, so dass nur noch 20 Meter Zaun bei 2 Meter Höhe benötigt werden würden. Derzeit werde der Zaun für den Schulgarten an der Droste-Hülshoff-Schule ausgeschrieben. In diese Ausschreibung werde der Zaun für den Altpapiercontainerstandort eingebunden, um Einspareffekte zu erzielen.

4.2 Ortsrechtssammlung der Gemeinde Rosendahl - Herr Steindorf

Ausschussmitglied Steindorf wies darauf hin, dass die Ortsrechtssammlung der Gemeinde Rosendahl nicht mehr aktuell sei.

Bürgermeister Niehues teilte hierzu mit, dass die zuständige Sachbearbeiterin im Rathaus, Frau Roters, die Aktualisierung arbeitsmäßig noch nicht vornehmen konnte. Nach der Sommerpause werde jedoch die aktuelle Ergänzungslieferung vorliegen.

5 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

5.1 Altpapiercontainerstandort im Ortsteil Osterwick - Frau Everding

Frau Everding regte an, die vorhandene Hecke am Altpapiercontainerstandort höher wachsen zu lassen. Hierdurch werde ein Sichtschutz geschaffen, so dass man nicht mehr direkt vom Parkplatz auf den Containerstandort schauen müsse.

Verwaltungsseitig wurde zugesagt, diese Anregung aufzugreifen.

5.2 Festlegung der Vermarktungsbedingungen für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke - Herr Wünnemann

Herr Wünnemann teilte mit, dass er auf Einladung des Kreises Coesfeld an einem Vortrag zur Pestel-Studie teilgenommen habe. In diesem Vortrag sei die Gemeinde Rosendahl aufgrund ihrer günstigen Baugrundstücke aufgefallen. Der Chef des Pestel-Institutes, Herr Möller, habe in seinem Vortrag jedoch darauf hingewiesen, dass man durch preiswerte Baugrundstücke nicht Familien und versicherungspflichtig Beschäftigte in eine Gemeinde locke, sondern eher Bewohner, die einen Alterswohnsitz suchten. Anreize für Familien mit Kindern zu schaffen fand Herr Möller sehr gut.

Trotz und alledem habe Herr Möller in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass eine gute Infrastruktur nicht zu unterschätzen sei.

5.3 Fußgängerüberweg an der B 474 im Ortsteil Holtwick - Herr Strahl

Herr Strahl fragte nach, warum die provisorischen Absenkungen am Fußgängerüberweg an der B 474 in Legden wieder entfernt worden seien.

Fachbereichsleiter Homering teilte hierzu mit, dass der Landesbetrieb Straßen der Auffassung sei, dass diese Absenkungen ein Verkehrshindernis darstellen und daher entfernt werden mussten.

Auf die Nachfrage von Herrn Strahl, ob der Bordstein denn noch abgesenkt werde, teilte Bürgermeister Niehues mit, dass die Einwohner derzeit noch mit dem Provisorium leben müssten.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in